

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwicklungspolitischer Urbanisierungsbericht der Bundesregierung ¹

1 Einleitung

Entwicklungs- und Schwellenländer erleben ein Wachstum ihrer Städte, das es in Umfang und Geschwindigkeit so bisher noch nie gegeben hat. 90 Prozent des bis 2050 erwarteten weltweiten Bevölkerungswachstums wird in Städten stattfinden.² Nach wie vor bieten Städte bessere wirtschaftliche Entwicklungschancen und Versorgungsinfrastruktur sowie Möglichkeiten der sozialen und politischen Teilhabe. Allerdings ist in Schwellen- und Entwicklungsländern nicht mehr städtische Migration der Motor der Urbanisierung, vielmehr gewann in den letzten Jahren das natürliche Wachstum aufgrund höherer Geburtenraten gegenüber ländlichen Gebieten sowie durch Expansion der städtischen Randgebiete ins Umland an Bedeutung.³ Die Stadtbevölkerung wird von 4,4 Milliarden (2023) auf insgesamt circa 6,5 Milliarden Menschen (2050) anwachsen. Dieses Städtewachstum findet vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern in Asien und Afrika statt, wo 2050 drei Viertel der weltweiten Stadtbevölkerung leben werden. Oft geht dieses rasante Wachstum jedoch ungeplant und daher mit schlechten Lebensbedingungen für die Bevölkerung einher. Stadtbewohnerinnen und -bewohner leiden unter mangelndem Zugang zu Versorgungsleistungen wie Trinkwasser, Strom und Abfallentsorgung und Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch fehlen häufig Beschäftigungsmöglichkeiten und damit geregelte Einkommen. Das wiederum erschwert den Zugang zu regulärem und bezahlbarem Wohnraum. Schon heute lebt die Hälfte der Stadtbewohnerinnen und -bewohner in Afrika in informellen Siedlungen⁴. Dies sind Wohngebiete, die in der Regel nicht genehmigt wurden und in denen die Bewohnerinnen und Bewohner keinen rechtlichen Anspruch auf das Land besitzen. Sie weisen einen unzureichenden Zugang zu Versorgungsdienstleistungen und -infrastruktur auf und sind überwiegend aus provisorischen Unterkünften gebaut, was zu unsicheren Wohnverhältnissen führt. Darüber hinaus leben weltweit über 2 Milliarden Menschen in Städten unterhalb der Armutsgrenze (von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag). In Städten wächst Armut 30 Prozent schneller als auf dem Land.⁵ Dazu tragen auch hohe Lebenshaltungskosten in den Städten bei. Einkommensschwache Gruppen in Entwicklungs- und Schwellenländern müssen zum Beispiel oft 25 bis 40 Prozent ihres Einkommens für Fortbewegung in der Stadt aufwenden.

¹ Soweit konkrete Maßnahmen zu Ausgaben im Bundeshaushalt führen, stehen sie unter Finanzierungsvorbehalt und sind innerhalb der geltenden Haushalts- und Finanzplanung der jeweils zuständigen Ressorts gegenzufinanzieren.

² UN Department of Economic and Social Affairs (2018) World Urbanization Prospects The 2018 Revision (un.org)

³ Menashe-Oren, A. & Bocquier, P. (2021) Urbanization is no longer driven by Migration in low- and middle-income countries. In: Population and Development Review

⁴ 2023 Factsheets (unhabitat.org)

⁵ BMZ (2023): Positionspapier nachhaltige Stadtentwicklung (bmz.de)

Die Auswirkungen des Klimawandels verstärken bestehende Ungleichheiten und tragen zur Ausbreitung von Armut in Städten bei. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Ausmaß betroffen.⁶ Millionen Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern leben an Orten, die in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr bewohnbar sein werden, wenn der Klimawandel weiter voranschreitet. Im Jahr 2021 lebten etwa 11 Prozent der Weltbevölkerung in tiefliegenden Küstenregionen (unterhalb von 10 Meter über dem Meeresspiegel)⁷, welche durch den Anstieg des Meeresspiegels massiv bedroht sind. 2050 werden voraussichtlich über eine Milliarde Menschen in diesen Regionen leben.⁸ Insbesondere informelle Siedlungen bilden sich häufig dort, wo die Klimarisiken am größten sind, etwa an Hängen oder Flussufern, die von Erdbeben oder Überflutungen betroffen sind. Gleichzeitig hat die dort ansässige arme urbane Bevölkerung begrenzte Anpassungsmöglichkeiten⁹. Zudem heizen Städte sich aufgrund ihrer dichten Bebauung im besonderen Maße auf, Temperaturen über 50 Grad werden teilweise zur Normalität. Das führt zu Hitzetoten¹⁰. Wirtschaftliche Aktivitäten, denen vor allem ärmere Menschen oftmals auf der Straße nachgehen, werden so unmöglich. Wenn diesen Hitzeentwicklungen (Urban Heat Island Effect) nicht entgegengewirkt wird, werden viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Wegen dieser Gründe müssen sich Städte an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen und bei der Bewältigung des Wachstums unterstützt werden.

Die Konzentration der Weltbevölkerung und der Herausforderungen in Bezug auf Armut und Klimawandel in Städten erfordert zielgerichtete Gegenmaßnahmen. In Städten können gleichzeitig Armut und Ungleichheit reduziert und der Klimawandel bekämpft und damit merklich die Lebensqualität der Menschen verbessert werden. Bis heute bestehen überall auf der Welt grundlegende Defizite in der Gleichberechtigung aller Menschen in städtischen Räumen. Dies betrifft die gebaute Umgebung genauso wie den Zugang zu Land und Wohnraum und nach wie vor auch die Planung und Umsetzung neuer Projekte. Die Strukturen von Städten und Gebäuden prägen die Art und Weise, wie Menschen leben, arbeiten, sich bewegen, spielen und erholen. Diskriminierende Gestaltung von öffentlichen und kommunalen Gebäuden, Privathäusern, dem Straßenbild sowie von öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln reproduziert und verstärkt gesellschaftliche Ungleichheiten. Stadtplanung und Architektur sind oft männlich dominiert und berücksichtigen die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen nur unzureichend¹¹. Frauen übernehmen oft zusätzlich zur Erwerbsarbeit die Hauptlast in Pflege, Betreuung und Haushaltsführung und nutzen dafür andere Orte, Wege und Strukturen in der Stadt als Männer, die sich hauptsächlich der Erwerbsarbeit widmen. Dies wird jedoch bei der Stadtgestaltung kaum berücksichtigt.

Städte sind Zentren sozialer, ökonomischer und ökologischer Innovationen, Ausgangspunkt von Veränderungen der gesellschaftlichen Kultur, Regierungsführung und Verwaltungsorganisation. Sie sind politische und wirtschaftliche Entscheidungszentren und unverzichtbare Säulen der Volkswirtschaft: 80 Prozent der gemessenen weltweiten Wertschöpfung wird in Städten generiert.¹² Die Art und Weise wie Städte gestaltet werden kann zu einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Städtische Verwaltung und Infrastruktur können durch förderliche Rahmenbedingungen Investoren und Unternehmen anziehen, Innovation fördern und den Zugang zu guten Jobs ermöglichen. So kann, durch gezielte Steuerung und nachhaltige Stadtentwicklung das wirtschaftliche Potential der Stadtbevölkerung besser gehoben und gerechter in Wert gesetzt werden.

Allerdings werden mehr als 70 Prozent der weltweit energiebezogenen klimaschädlichen Emissionen in Städten generiert und circa drei Viertel des globalen Endenergieverbrauchs in Städten getätigt.¹³ Werden Städte klimaneutral geplant, nutzt das den Menschen direkt, aber auch der Weltgemeinschaft und Deutschland. Denn der Klimawandel stoppt nicht an Landesgrenzen. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat die Weltgemeinschaft 2015 vereinbart, dass alle Staaten ihre CO₂-Emissionen senken und die reicheren Länder die ärmeren dabei unterstützen. Sowohl die frühere Bundeskanzlerin Merkel als auch Bundeskanzler Scholz haben zugesagt, dass Deutschland dazu einen jährlichen Beitrag leistet, der bis 2025 mindestens 6 Milliarden Euro betragen soll. Ein Teil dieser Mittel wird für die Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung weltweit genutzt. Jede Tonne CO₂, die dadurch eingespart wird, trägt so zur Minderung des Klimawandels und auch zur Sicherung der Lebensgrundlage und des Wohlstands der deutschen Bürgerinnen und Bürger bei.

⁶ UN-HABITAT (2024): Gender | UN-Habitat (unhabitat.org)

⁷ .Stat Data Explorer • Population living in low elevation coastal zones (0-10m and 0-20m above sea level) ([pacificdata.org](https://dataexplorer.worldpop.org/))

⁸ IPCC (2019): IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate ([ipcc.ch](https://www.ipcc.ch/))

⁹ UN-Habitat (2022): World Cities Report 2022 (unhabitat.org)

¹⁰ Chapter 6: Cities, settlements and key infrastructure | Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability ([ipcc.ch](https://www.ipcc.ch/))

¹¹ <https://unhabitat.org/cities-for-girls-cities-for-all>

¹² UN-HABITAT (2016): WCR-2016-WEB.pdf (unhabitat.org)

¹³ International Energy Agency (2021): Net Zero by 2050 – A Roadmap for the Global Energy Sector ([windows.net](https://www.iea.org/)); Our World in Data (2020): Sector by sector: where do global greenhouse gas emissions come from? – Our World in Data

Das Positionspapier zur nachhaltigen Stadtentwicklung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurde im vergangenen Jahr aktualisiert. Das Ziel: Durch eine gerechte urbane Transformation in Entwicklungs- und Schwellenländern eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen zu schaffen. Dafür unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit z. B. Stadtverwaltungen und andere städtische Akteure in den Partnerländern bei der Gestaltung klimaresilienter, wirtschaftlich gestärkter und sozial gerechter Städte, indem Strategien entwickelt, fachliches Knowhow vermittelt und Finanzierungsmöglichkeiten für städtische Infrastruktur verbessert werden. Rund zwei Drittel aller Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind nur in und mit Städten zu erreichen¹⁴. Städte müssen so gestaltet werden, dass Wertschöpfung und Innovation gefördert werden und die Bewohnerinnen und Bewohner gute Jobs bekommen können, sowie dahingehend, dass alle Menschen in der Stadt eine gute Basisversorgung erhalten und am öffentlichen Leben teilhaben können. Dadurch trägt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch dazu bei, dass die Transformation zur Klimaneutralität sozial gerecht und inklusiv umgesetzt wird.

Der folgende Bericht stellt das entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung dar. Ergänzt ist er um Hinweise auf Ansätze der internationalen Zusammenarbeit in und mit Städten, beispielsweise im Rahmen der Klimapolitik oder der Stadtentwicklungspolitik.

2 Der strategische Rahmen

Auf globaler Ebene bilden die Agenda 2030 und das Klimaabkommen von Paris den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Städten und Lokalregierungen kommt bei der Umsetzung dieser Agenden eine bedeutende Rolle zu. Hierfür beschreibt die New Urban Agenda als Abschlussdokument der HABITAT III Konferenz 2016 eine international anerkannte Vision und Ansätze für nachhaltige Stadtentwicklung. Deutschland hat an der Erarbeitung dieser Agenden mitgewirkt und macht sich weiterhin dafür stark, eine nachhaltige, klimaneutrale, resiliente und lebenswerte Urbanisierung in solchen internationalen Abkommen zu verankern.

Auf europäischer Ebene werden Impulse aus der Europäischen Union, wie der European Green Deal¹⁵ und der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft¹⁶, genutzt, um einen ambitionierten Umwelt- und Klimaschutz in der bilateralen deutschen und europäischen Entwicklungspolitik zu stärken. Die Neue Leipzig-Charta dient dabei auf europäischer Ebene als strategischer Rahmen für eine integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung und wird teilweise auch in der Zusammenarbeit mit nicht-europäischen Partnern als Dialoggrundlage herangezogen, etwa mit Südafrika. Als Mitgliedsstaat der EU ist Deutschland an der europäischen Global Gateway Strategie beteiligt, die bis 2027 weltweit insgesamt 300 Mrd. Euro für nachhaltige Infrastruktur in den Bereichen Digitalisierung, Klima und Energie, Transport, Gesundheitswesen sowie Bildung und Forschung mobilisieren soll. Die Förderung nachhaltiger urbaner Infrastruktur durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist einer der Beiträge Deutschlands zur Umsetzung der Initiative.

Der strategische Ansatz des BMZ wird in der BMZ-Kernthemenstrategie „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie; Just Transition“¹⁷, insbesondere dem „Aktionsfeld Stadtentwicklung“ als einem von drei Handlungsfeldern, sowie dem dazugehörigen Positionspapier „Nachhaltige Stadtentwicklung“¹⁸ dargelegt. Dieser integrierte Ansatz zielt darauf ab, durch eine gerechte urbane Transformation eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen weltweit zu schaffen. Er fokussiert auf

- a) gute Regierungsführung,
- b) integrierte (soziale, ökologische und ökonomische) Planungsansätze,
- c) den Zugang zu Finanzierung und
- d) die tatsächliche Finanzierung von städtischer Infrastruktur zur Daseinsvorsorge.

Schlüsselsektoren sind Wohnen und Bauen, Mobilität, Wasser und Abwasser sowie Abfallmanagement. Gefördert werden inklusive Infrastruktur- und Grundversorgung, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung, welche die unterschiedlichen Bedarfe der Geschlechter, benachteiligter Bevölkerungsgruppen, aber auch Umweltbelange berücksichtigen und so Armut reduzieren, Ungleichheiten abbauen und Biodiversität stärken. Hinzu kommen die Aktivitäten im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Hier stehen entwicklungspolitische

¹⁴ BMZ (2024): SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden | BMZ; OECD (2024): Umsetzung der SDG in Städten und Regionen – OECD; Deutscher Städtetag (2023): positionspapier-agenda-2030-stand-der-umsetzung-2023.pdf (staedtetag.de)

¹⁵ EU (2019): Der europäische Grüne Deal – Europäische Kommission (europa.eu)

¹⁶ EU (2020): EUR-Lex – 52020DC0098 – EN – EUR-Lex (europa.eu)

¹⁷ BMZ (2021): BMZ-Kernthemenstrategie: „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“

¹⁸ BMZ (2021): Positionspapier nachhaltige Stadtentwicklung (bmz.de)

Aktivitäten deutscher Kommunen im In- und Ausland im Vordergrund, die in Deutschland wie in Partnerländern entwicklungspolitische Wirkungen entfalten. Dabei werden die verschiedenen kommunalen Akteure, z. B. auch kommunale Unternehmen, einbezogen.

Neben der klassischen Entwicklungszusammenarbeit, welche über das BMZ gesteuert wird, fördert die Bundesregierung seit 2015 im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) weltweit Klima- und Umweltprojekte im Bereich „nachhaltige Stadtentwicklung“. In ihrer gemeinsamen IKI-Strategie 2030 definieren die Bundesministerien für Wirtschaft und Klima (BMWK), Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Auswärtige Amt (AA) „Nachhaltige und klimagerechte Entwicklung urbaner und stadtnaher Räume“ als einen von drei übergreifenden Schwerpunkten. So kann die städtische Ebene in den vier IKI-Förderbereichen „Minderung von Treibhausgasen“, „Anpassung an die Folgen des Klimawandels“, „Erhalt und Wiederherstellung natürlicher Kohlestoffsinken“ und „Schutz der biologischen Vielfalt“ gefördert werden.

Im Rahmen der Internationalen Stadtentwicklungspolitik wirkt die Bundesregierung darauf hin, durch geeignete Gesprächsformate auf allen Ebenen (kommunal; national/bilateral; international/multilateral) den stadtentwicklungspolitischen Dialog mit solchen Partnern, darunter auch Schwellen- und Transformationsländern, zu führen, die sich freiwillig an der Neuen Leipzig-Charta orientieren. Hierbei sind unter anderem kommunale Lernnetzwerke mit Kommunen in Deutschland, Südafrika und der Ukraine entstanden, die mit Unterstützung des BMWSB planerische Reformen und Pilotprojekte gemeinsam diskutieren und weiterentwickeln. Darauf aufbauend wurde 2022 von der deutschen G7-Präsidentschaft das Ministertreffen für Stadtentwicklung der G7-Staaten als multilaterales Format eingeführt und 2023 in Japan und 2024 in Italien fortgeführt. Die zuständigen Ministerien erörtern dabei aktuell entlang der Themen klimagerechte und ressourcenschonende Stadt, soziale, gerechte und inklusive Stadt sowie digitale und smarte Stadt auch Urbanisierungsfragen im globalen Kontext, einschließlich des Dialogs zwischen den G7 und globalen Partnern mit herausgehobener Rolle in der städtischen Transformation für globale Nachhaltigkeit. An diesem Dialog wirken neben Staaten auch UN-Habitat, die OECD sowie die Urban Seven als Vertreterin der Kommunen mit.

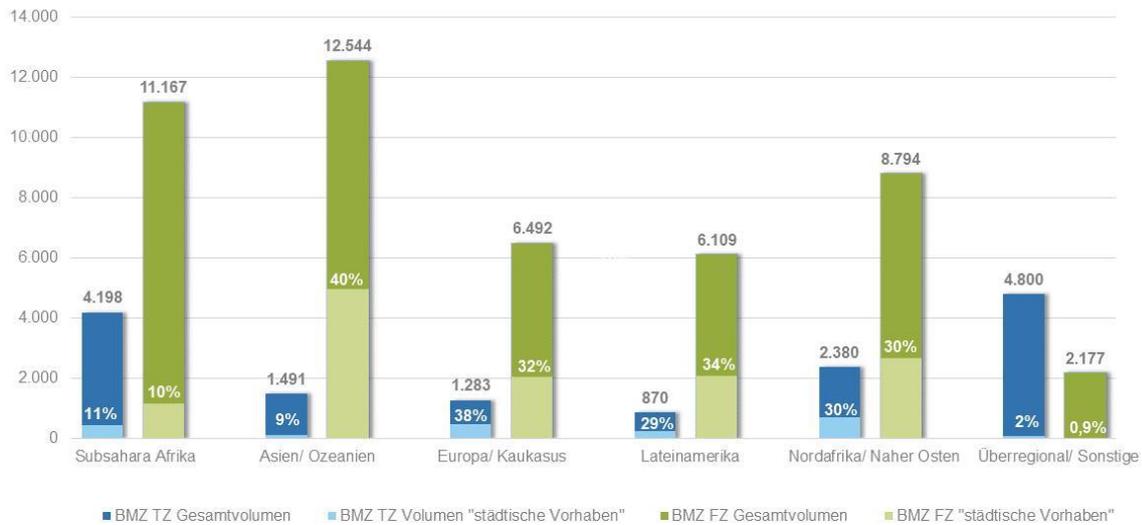
3 Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Überblick

3.1 Das bilaterale Portfolio

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nutzt verschiedene ineinandergreifende und sich ergänzende Instrumente für eine nachhaltige Stadtentwicklung weltweit. Die spezifischen Bedarfe in den Partnerländern werden über bilaterale Programme unterstützt. Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) kommt in Abhängigkeit von Sektoren und Ländern das gesamte Spektrum möglicher Finanzierungsinstrumente und Projektansätze im städtischen Kontext zum Einsatz. Diese reichen von nicht rückzahlbaren Zuschüssen bis zu Förderkrediten, die aus Eigenmitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau – Entwicklungsbank (KfW) finanziert werden. Fast drei Viertel der Mittel aller laufenden städtischen FZ-Programme im Jahr 2023 waren Marktmittel, also Mittel, die am Kapitalmarkt aufgenommen wurden und nicht aus dem Bundeshaushalt stammen. Wichtige Umsetzungspartner sind im Bereich Stadtentwicklung nationale und regionale Entwicklungsbanken. Mit Regionalprogrammen der technischen Zusammenarbeit werden grenzüberschreitender Wissenstransfer und thematische Ansätze von regionaler Bedeutung gefördert. In Globalvorhaben werden weltweit neue Ansätze und deren Skalierung erprobt. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung mit bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften auch Vorhaben für nachhaltige Stadtentwicklung (z. B. Förderung von nachhaltigem Städtebau und -planung in Ruanda oder Dekarbonisierung urbaner Mobilität in Kolumbien).

Relevante Vorhaben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sind in den meisten Fällen dem Aktionsfeld nachhaltige Stadtentwicklung zugeordnet, umfassen aber auch Projekte in anderen Aktionsfeldern. Dies sind Projekte, die entweder direkt mit Städten oder städtischen Akteuren zusammenarbeiten und eine Wirkung anstreben, die sich primär in städtischen Räumen entfaltet. Außerdem gelten Projekte als städtisch, wenn sie mit nationalen und/oder regionalen Akteuren zusammenarbeiten und sich die Wirkungen auf lokale Regierungsführung, die Ausgestaltung städtischer Räume und Infrastrukturen und die Bereitstellung von städtischen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge beziehen (Beispielhaft: Projekt mit national organisierten Wasserversorgern, Energieversorgern o. ä., bei dem es um Versorgung in Städten geht; nationale Stadtentwicklungsprojekte; Dezentralisierungsprojekte mit Ziel, städtische Kompetenzen zu steigern). Insgesamt sind rund ein Siebtel aller laufenden TZ-Projekte und rund ein Drittel aller FZ-Projekte städtisch.

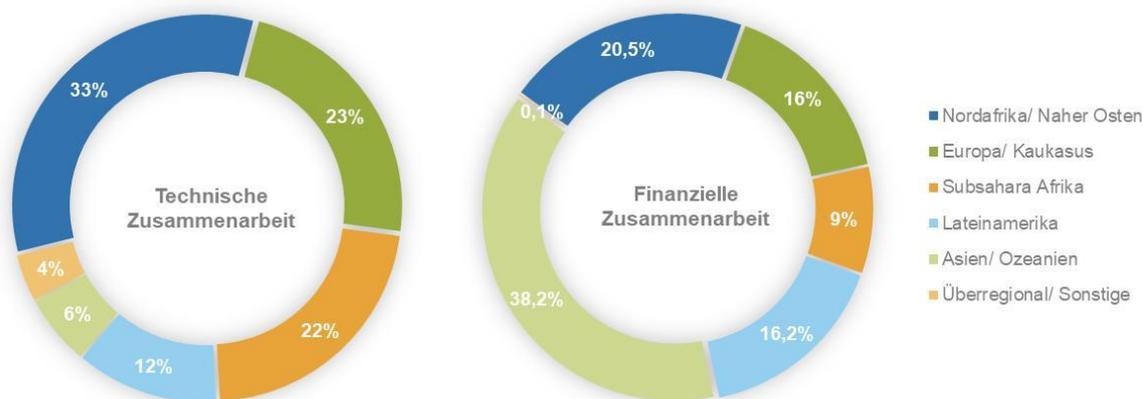
Grafik 1: **Anteil städtischer Vorhaben in den jeweiligen Regionen nach TZ (blau, laufenden Vorhaben zum Stichtag 31. Dezember 2023) und FZ (grün; Neuzusagen der Jahre 2019 bis 2023)**



Regional betrachtet gehen die meisten Zuwendungen der TZ im Bereich Stadtentwicklung in die Region Nordafrika/Naher Osten (33 Prozent des städtischen Portfolios; 30 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio). Dies liegt zum einen an dem hohen Urbanisierungsgrad in der Region und zum anderen daran, dass hier zahlreiche Vorhaben umgesetzt werden, die Kommunen darin unterstützen, Geflüchtete und Migranten und Migrantinnen aufzunehmen. Um diesen sowie anderen benachteiligten Menschen bessere Lebensbedingungen und damit Bleibeperspektiven zu bieten, werden Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Verbesserung nachhaltiger Infrastruktur und Dienstleistungsversorgung gefördert. Das zweitgrößte Regionalportfolio ist mit 23 Prozent am städtischen Gesamtportfolio Osteuropa/Kaukasus. Aufgrund des hohen Urbanisierungsgrads der Region liegt der Anteil an städtischen Vorhaben in der Region bei 38 Prozent. Sie tragen schwerpunktmäßig zu Verwaltungsmodernisierung und Transparenz öffentlicher Verwaltungen auf lokaler Ebene im Rahmen von EU-Assoziierungsprozessen bei und stärken kommunale Dienstleistungen, Infrastruktur und Stadtplanungskapazitäten. Mit 22 Prozent am städtischen TZ-Portfolio weist auch die Region Subsahara Afrika eine zunehmend größere Relevanz auf. Aufgrund des bislang vergleichsweise geringen Urbanisierungsgrads liegt der Anteil an städtischen Vorhaben in der Region allerdings nur bei 11 Prozent. Hier werden vor allem Vorhaben zur Stärkung der Verwaltungsstrukturen, Dezentralisierung und Erhöhung von Steuereinnahmen als auch im Bereich Anti-Korruption gefördert. Ziel ist es, Kommunalverwaltungen handlungsfähig, transparent und integer zu machen, um die prognostizierte rasante Urbanisierung nachhaltig gestalten zu können. Die Region Lateinamerika weist aufgrund des fortgeschrittenen Entwicklungsstandes und dem damit verbundenen geringeren Bedarf an Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit mit einem Anteil von 12 Prozent ein kleineres Portfolio auf (der städtische Anteil entspricht 29 Prozent des gesamten Regionalportfolios). Städtische TZ-Vorhaben konzentrieren sich vor allem auf die Stärkung von Klimaminderung sowie Anpassung an den Klimawandel, z. B. durch nachhaltige Mobilität und naturbasierte Lösungen. Dies ist ebenfalls der Fokus in der Region Asien/Ozeanien (6 Prozent des städtischen Portfolios; 9 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio). Der Anteil an städtischen Vorhaben, welche zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, wurde in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert und lag 2022 bei 84 Prozent.

Durch die FZ geförderte Vorhaben konzentrieren sich größtenteils auf die Errichtung und den Betrieb großer Infrastruktur und Dienstleistungsmaßnahmen in den Bereichen Energie, Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung und Mobilität. Regional liegt dabei der Fokus auf Asien/Ozeanien (38 Prozent des städtischen Portfolios; 43 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio), gefolgt von Nordafrika/naher Osten (20 Prozent des städtischen Portfolios; 33 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio), Osteuropa/Kaukasus (17 Prozent des städtischen Portfolios; 39 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio), Lateinamerika (16 Prozent des städtischen Portfolios; 36 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio) und Subsahara-Afrika (9 Prozent des städtischen Portfolios; 11 Prozent städtischer Anteil im Regionalportfolio).

Grafik 2: **Prozentualer Anteil des städtischen Portfolios in den jeweiligen Regionen nach TZ (links, laufendes Portfolio zum Stichtag 31. Dezember 2023) und FZ (rechts; Neuzusagen der Jahre 2019 bis 2023)**



Darüber hinaus fördern weitere deutsche Bundesministerien städtische Vorhaben der TZ durch bilaterale und regionale Maßnahmen. Das BMWK stellt über die IKI den größten Anteil, gefolgt von BMUV, AA und zu einem kleineren Anteil BMWSB.

3.2 Die multilaterale Zusammenarbeit

Die Kooperation mit multilateralen Initiativen und Organisationen erfolgt komplementär zur bilateralen Zusammenarbeit. Über multilaterale Kooperation trägt Deutschland dazu bei, internationale Standards zu definieren und umzusetzen, Positivbeispiele aus der ganzen Welt zu identifizieren und zu verbreiten, sowie innovative Ansätze mit gleichgesinnten Partnerländern und Organisationen zu nutzen.

Wichtigster Partner im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung ist UN-Habitat. Als für Stadtentwicklung zuständige Organisation der Vereinten Nationen (VN) mit universeller Mitgliedschaft verfügt sie über ein einzigartiges Mandat und ein besonderes Vertrauensverhältnis in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Daraus ergibt sich eine entscheidende Überzeugungskraft um globale, nationale und lokale Schlüsselakteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzubringen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der Urbanisierung zu finden. Gleichzeitig kommt UN-Habitat die Schlüsselrolle zu, das Thema in den globalen Entwicklungs- und Klimaagenden zu positionieren und die Anerkennung von Städten als Entwicklungsakteuren zu fördern. Deutschland unterstützt die Arbeit UN-Habitats seit 2022 wieder mit jährlicher nicht-zweckgebundener Kernfinanzierung. Zusätzlich wurden u. a. die Umsetzung der Governancereform, die Ansiedlung des Sekretariats der Global Water Operator's Partnership Alliance (GWOPA) in Bonn und des United Nations Innovation Technology Accelerator for Cities (UNITAC) in Hamburg finanziert.

Neben UN-Habitat ist die Cities Alliance die wichtigste globale Entwicklungsorganisation für armutsorientierte Stadtentwicklung. Deutschland ist Gründungsmitglied der Cities Alliance, die sich der Aufwertung von Slums verschrieben hat. Die mehr als 20 Mitglieder setzen sich aus multilateralen Entwicklungsorganisationen, Regierungen von Industrie- und Partnerländern, NROs, Wissenschaftseinrichtungen sowie Städtenetzwerken zusammen. Durch die Arbeit der Cities Alliance wurde in Kooperationsstädten in Entwicklungsländern unter anderem erreicht, dass die Belange von Slumbewohnerinnen und -bewohnern bei Stadtplanung einbezogen wurden. Ein weiteres Beispiel ist, dass die Initiative am Horn von Afrika sieben Städte bei der Integration von Geflüchteten unterstützt hat, u. a. um einem Anwachsen von informellen Siedlungen zu begegnen. Das BMZ unterstützt die Cities Alliance seit 2016 finanziell und hatte darüber hinaus bis Juni 2024 eine Fachkraft in das Sekretariat in Brüssel entsandt. Außerdem wird das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zunehmend zu einem weiteren wichtigen multilateralen Partner. Im Bereich Stadtentwicklung finanziert das BMZ über UNEP-Projekte zu klimafreundlichen Baustoffen im globalen Süden und zu naturbasierter Transformation von Städten sowie zu Elektromobilität.

Außerhalb des VN-Systems sind insbesondere internationale Stadtnetzwerke wichtige und verlässliche Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, sowohl für internationale Politikgestaltung im Themenbereich, Wissenstransfer und Verbreitung als auch für Umsetzung vor Ort. ICLEI – Local Governments for Sustainability¹⁹ ist in diesem Zusammenhang der größte und wichtigste Verband von Städten und Gemeinden für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung. Als Sprecher der Local Governments and Municipal Authorities (LGMA) Constituency ist ICLEI Vertreter der subnationalen Regierungsebene in den internationalen Klimaverhandlungen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und bringt sich zudem in die Koordinierung der kommunalen Vereinigung ‚Urban Seven‘ (U7) ein, die die Interessen der Städte der G7-Staaten bündelt und hierbei auch den Dialog mit kommunalen Partnern des Globalen Südens mitberücksichtigt. Das BMZ beteiligt sich an der Finanzierung des ICLEI-Weltsekretariats. Das BMWSB unterstützt ICLEI projektbezogen für die U7. Weitere wichtige Stadtnetzwerke, mit denen Deutschland zusammenarbeitet, sind die C40 Cities Climate Leadership Group und der Global Covenant of Mayors for Climate and Energy (GCoM).

4 Die Schwerpunkte unserer Arbeit

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Lösungsansätze für verschiedene, sektorübergreifende Herausforderungen anbietet, brauchen Städte verstärkt integrierte statt sektorale Lösungen. Damit werden Wirksamkeit, Ressourceneinsatz und Effizienz erhöht und Fehlentwicklungen vermieden. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert weltweit Projekte, die diesen Ansatz verfolgen.

Fehlende Gleichberechtigung im städtischen Raum führt zu mangelnder Sicherheit von Frauen und Mädchen, zu hohem Zeitaufwand für alltägliche Erledigungen und wirkt sich negativ auf die Wirtschaft aus. Wenn zum Beispiel sichere und zugängliche Transportmöglichkeiten für Frauen fehlen, reduziert sich ihre Teilnahme am Arbeitsmarkt, was wiederum der wirtschaftlichen Produktivität insgesamt schadet. Das BMZ setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben ein – unabhängig von Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Behinderung oder von anderen Merkmalen.

4.1 Förderliche Rahmenbedingungen

Um nationale Regierungen, Stadtverwaltungen und andere städtische Akteure bei der Gestaltung lebenswerter, sozial gerechter und nachhaltiger Städte zu unterstützen, konzentriert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zum einen auf die dafür notwendigen Rahmenbedingungen. Dazu zählen gute Regierungsführung, integrierte Planung sowie Finanzierung. Als Eckpfeiler unseres Engagements stärken wir unsere Partner beim Aufbau transparenter und integrierter Verwaltungsstrukturen und bei evidenzbasierter, partizipativer Planung unter Berücksichtigung des Agenda 2030 Umsetzungsprinzips „Leave no one behind“ (armutsorientierte Herangehensweise). Die Effizienz öffentlicher Verwaltung und ihre Kapazitäten, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zu finanzieren, ermöglichen nicht nur deutlich mehr wirtschaftliche Wertschöpfung, sondern schaffen auch ganz konkrete Perspektiven für die Menschen vor Ort und reduzieren damit potenziell die Anreize zur Migration.

4.1.1 Gute Regierungsführung

Im Bereich gute Regierungsführung arbeitet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Akteuren der Kommunen, regionalen und nationalen Regierungen, Interessensverbänden, Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft zusammen. Ziel ist die Entwicklung nationaler Stadtentwicklungspolitiken sowie Verwaltungsreformen und Dezentralisierung. Eine integrierte kommunale Regierungsführung und inklusive sowie transparente Verteilungs- und Zugangsstrukturen sind ein wichtiger Hebel, um urbane Armut und Korruption zu bekämpfen, sozioökonomische Ungleichheiten zu reduzieren und zu Inklusion und der Gleichstellung der Geschlechter beizutragen.

Projektname:	Lebenswerte und inklusive Städte für alle schaffen
Projektstandort:	Bangladesch
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Integrierte Planung

¹⁹ ICLEI wurde als International Council for Local Environmental Initiatives auf dem ersten Weltkongress von Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung 1990 bei den Vereinten Nationen in New York gegründet. 2003 beschloss die Mitgliederversammlung die Umbenennung in ICLEI – Local Governments for Sustainability.

In Bangladesch, einem der am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten, leben knapp 19 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.²⁰ Während des Monsuns 2022 waren über 7 Millionen Menschen von Überschwemmungen betroffen. Während der Klimawandel und extreme Wetterereignisse alle betrifft, trifft er Menschen, die in Armut und informellen Siedlungen leben, Menschen mit Behinderungen sowie Ältere, Frauen und Mädchen ungleich mehr. Ohnehin schon mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert, sind diese Bevölkerungsgruppen oft im Umgang mit den Risiken und Folgen des Klimawandels auf sich allein gestellt. Das Projekt „Lebenswerte und inklusive Städte für alle schaffen“ unterstützt Kommunalverwaltung und Nationalregierung dabei, klimasensibles städtisches Umweltmanagement in ausgewählten Städten zu fördern, von welchem Frauen, Männer und Kinder gleichermaßen profitieren. Hierzu werden die Kompetenzen von Stadtverwaltungen, Versorgungsdienstleistern, zivilgesellschaftlichen Interessensgruppen und Wirtschaftsverbänden im Bereich integrierter Planung sowie der Austausch zwischen den Regierungsebenen gestärkt. Darüber hinaus werden in den Städten Khulna, Satkhira, Rajshahi und Sirajganj Entwicklungskonzepte erarbeitet, die helfen städtebauliche Maßnahmen mit Aktivitäten zum Umweltschutz zu verschränken. Die Erfahrungen mit den Verwaltungsmodellen dieser vier Pilotstädte werden genutzt, um landesweite Richtlinien für das Stadtentwicklungsmanagement zu entwickeln und zu verbreiten. Das Vorhaben arbeitet dabei nicht nur mit Regierungsbehörden zusammen, sondern fördert unter anderem auch Maßnahmen, die die Organisation und Beteiligung der Zivilgesellschaft stärken. Durch eine dieser Maßnahmen konnten z. B. Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Siedlungen daran mitwirken, ihre Lebensumstände zu verbessern und die Siedlung auch für benachteiligte Gruppen sicher zu gestalten.

Projektname:	Mainstreaming Klimaresilienter Infrastruktur
Projektstandort:	Bangladesch
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	nachhaltige Stadtentwicklung

Komplementär werden in Bangladesch der Aufbau und die Wartung klimaresilienter Infrastruktur durch mehrere Vorhaben unterstützt. Ein wichtiges Teilvorhaben ist das Projekt zum Mainstreaming klimaresilienter Infrastruktur (CRIM). Um die Anpassung an den Klimawandel systematisch in die Entscheidungsprozesse zu Planung und Erhalt von Infrastruktur zu integrieren, wurde das Climate Resilient Local Infrastructure Centre (CRoLIC) etabliert, das als institutioneller Think Tank direkt beim Local Government Engineering Department (LGED)²¹ angesiedelt ist. Zusätzlich wird der Bau von Zyklon-Schutzbauten sowie klimaangepasste Pilot-Infrastrukturinvestitionen in der Stadt Satkhira umgesetzt. Letztere allein werden die Widerstandsfähigkeit von voraussichtlich bis zu 134.000 Menschen gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar verbessern. Die Schutzbauten werden zusätzlich für den Schulunterricht genutzt, damit sie einerseits durch regelmäßige Nutzung gewartet werden und andererseits zur Bildung beitragen.

Die von Deutschland unterstützten Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in Bangladesch tragen durch Schutz vor Klimarisiken zu sichereren Lebensverhältnissen bei. Das ermöglicht mehr wirtschaftliche Stabilität und damit auch mehr Sicherheit für Investitionen. Dies hat für deutsche Unternehmen Relevanz, die mit Unternehmen in Bangladesch in ihren Lieferketten zusammenarbeiten. Gleichzeitig reduziert es das Risiko, dass Stadtbewohnerinnen und -bewohner vor klimabedingten Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen fliehen müssen oder Verluste erleiden.

4.1.2 Integrierte Planung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich für integrierte Planungsansätze mit umfangreicher Partizipation der Bevölkerung, insbesondere von Frauen. Dadurch werden Städte befähigt, Flächennutzung, Infrastrukturplanung, Wassersicherheit, Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassung besser aufeinander abzustimmen und sie mit nationalen und globalen Entwicklungsagenden zu harmonisieren. Dabei folgt die Entwicklungszusammenarbeit den Grundsätzen *leave no one behind* und *leave no place behind*: Kein Mensch, kein Viertel einer Stadt und kein Ort soll zurückgelassen werden. Vertreterinnen und Vertreter aller Interessengruppen inklusive der Zivilgesellschaft und des Privatsektors werden in Prozesse eingebunden, um Effektivität, Transparenz und Rechenschaftslegung zu fördern und die besten Lösungen für Menschen und Unternehmen in Städten zu identifizieren. Im Sinne einer umfassenden Entwicklungspolitik und guter Regierungsführung ist die Beteiligung insbesondere von Frauen, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen,

²⁰ Asian Development Bank (2024): Poverty Data Bangladesh

²¹ Eine der größten öffentlichen Organisationen in Bangladesch, die mit der Planung und Umsetzung von Entwicklungsprogrammen für die Infrastruktur von ländlichen, städtischen und kleinskaligen Wasserressourcen auf lokaler Ebene betraut ist.

Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten an Planungs- und Entscheidungsprozessen und ihre Mitwirkung in Stadtverwaltungen, der städtischen Dienstleistungserbringung und städtischen Wirtschaftskreisläufen ein Maßstab, an dem sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit misst.

Projektname:	Unterstützung der nationalen Agenda für nachhaltige Stadtentwicklung in Brasilien (ANDUS)
Projektstandort:	2017 bis 2025
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Brasilien

Auch andere Ressorts unterstützen integrierte Planung. So zum Beispiel das BMWK IKI-Projekt „Unterstützung der nationalen Agenda für nachhaltige Stadtentwicklung in Brasilien“ (ANDUS), welches Strategien für nachhaltige Stadtentwicklung auf nationaler und kommunaler Ebene fördert. Inhaltlich fokussiert das Projekt auf städtische Klimaschutzmaßnahmen, Stadtplanung im Amazonasgebiet, städtisches Abfallmanagement und Gebiete in Favelas, die durch Auswirkungen des Klimawandels bedroht werden. Dabei ist die Gleichstellung der Geschlechter ein explizites Ziel. Bisherige Erfolge des Projekts umfassen die Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens für klimafreundliche Stadtentwicklung auf nationaler Ebene sowie die Umsetzung von klimafreundlichem Flächennutzungsmanagement, Nature-based Solutions und nachhaltigen städtischen Wachstumsstrategien auf städtischer Ebene. Auf lokaler Ebene nutzt das Projekt ein eigens gestaltetes Mentoring- und Peer-Learning Konzept, um Städte in ganz Brasilien mit technischem Wissen zu unterstützen und zu vernetzen. So arbeitete es bereits erfolgreich mit 18 Kommunen und einem kommunalen Konsortium zusammen und stellt darüber hinaus die digitale Plattform ReDUS bereit, auf der 673 Städte vernetzt sind.

Der Dialog über integrierte Planung bildet zudem den fachpolitischen Kern der Zusammenarbeit mit Südafrika im Rahmen des vom BMWSB geförderten Vorhabens ‚Dialoge für Urbanen Wandel‘ (D4UC). In der aktuellen Programmphase findet seit 2022 ein praxisnaher Lernaustausch zwischen südafrikanischen Städten und deutschen Kommunen (Bottrop, Karlsruhe, Ludwigsburg, Nürnberg) zu den Themen lebenswerte, sichere Stadtviertel v. a. für marginalisierte Gruppen statt.

4.1.3 Finanzierung städtischer Budgets und Investitionen

Als einen weiteren Schwerpunkt fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit politische Rahmenprozesse zur guten finanziellen Regierungsführung (Good Financial Governance – GFG). Die nationalen Rahmenbedingungen entscheiden darüber, welche Art von Befugnissen, Mandaten und Rechten der lokalen Ebene zugeschrieben werden und über welche Finanzinstrumente sie verfügen kann. Die nationale Ebene unterstützt die lokale Ebene in der Regel mit Finanztransfers, kann Städten aber auch im Rahmen von Fiskaldezentralisierung eine bestimmte fiskalische Autonomie zuschreiben. Lokale Steuern, wie zum Beispiel Grund- und Gewerbesteuern, bilden dabei den zentralen Pfeiler, um eigene Einnahmen zu generieren. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert Fiskaldezentralisierung weltweit, mit Schwerpunkt in Partnerländern in Sub-Sahara Afrika. Aufgrund seiner föderalen Struktur ist Deutschland hier ein glaubwürdiger Entwicklungspartner.

Für große Infrastrukturprojekte benötigen Städte meist externe Finanzierung (z. B. durch multilaterale, regionale, nationale oder bilaterale Entwicklungsbanken, nationale Banken, öffentliche Klimafinanzierungstöpfe, private Investoren oder den öffentlichen Kapitalmarkt). Um diese zu finden, ist die Art und die Qualität der Planung der Projekte von entscheidender Bedeutung. Das BMZ und das BMWK engagieren sich seit Jahren neben der unmittelbaren Bereitstellung von Mitteln für Investitionen auf Projektebene dafür, Städten einen besseren Zugang zu Finanzierungen, insbesondere Klimafinanzierung, zu ermöglichen.

Die rasche Urbanisierung in Verbindung mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Notwendigkeit, Städte nachhaltig und widerstandsfähig zu entwickeln, erfordern erhebliche finanzielle Ressourcen. Der jährliche Gesamtbedarf wird bis 2030 auf 4,3 Billionen US-Dollar geschätzt.²² Angesichts dieses Bedarfs sind die Investitionen in urbane Räume deutlich unzureichend. So bleiben die Grundbedürfnisse von immer mehr Menschen in Städten unerfüllt, wie zum Beispiel in der Trinkwasser-, Sanitär-, Verkehr- oder Energie-, aber auch Bildungs- und Gesundheitsversorgung. Die Investitionslücke für die nötige klimasensible und resiliente Stadtentwicklung wird auf jährlich 1 Billion US-Dollar geschätzt.²³ Robuste städtische Finanzen und der verbesserte Zugang zu privaten Finanzierungsquellen sind die Grundlage, um dem entgegenzuwirken.

²² Cities Climate Finance Leadership Alliance, The State of Cities Climate Finance 2024.

²³ Cities Climate Finance Leadership Alliance, The State of Cities Climate Finance 2024.

Auf internationaler Ebene unterstützen BMZ und BMWK gemeinsam die Cities Climate Finance Leadership Alliance (CCFLA), die global Akteure zusammenbringt, die sich für mehr Klimafinanzierung für Städte einsetzen. BMZ und BMWK leisten als maßgebliche Initiatoren des City Climate Finance Gap Funds einen wichtigen Beitrag hierzu. Der Gap Fund unterstützt Städte in Entwicklungs- und Schwellenländern in der frühen (Planungs-)Phase zur Vorbereitung von Investitionen in nachhaltige Infrastruktur. Insgesamt ist der Gap Fund mit mehr als 100 Mio. EUR ausgestattet, wodurch urbane Investitionsvorhaben unterstützt werden, die über 4 Mrd. Euro an zusätzlichen privaten und öffentlichen Investitionen mobilisieren sollen. Der Gap Fund hat bisher Projektunterstützung in über 200 Städten in knapp 60 Ländern zugesagt. Als Teil der Multi-Geber-Partnerschaft C40 Cities Finance Facility (CFF) ermöglicht das BMZ zudem die Beratung von Stadtverwaltungen in Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Entwicklung bis hin zur Finanzierung klimarelevanter Infrastrukturprojekte. Darüber hinaus fördert das BMZ regionale Netzwerke in diesem Themenbereich, wie beispielsweise den Covenant of Mayors in Sub-Sahara Afrika (CoM-SSA) sowie bis Ende 2021 die Cities Development Initiative for Asia (CDIA). Zudem fördert das BMWK über die IKI das Programm der Nationalen Entwicklungsbanken für städtische Klimaschutzmaßnahmen (NUCA), welches nationale Entwicklungsbanken bei der Entwicklung von Finanzprodukten, welche auf die Bedürfnisse von Städten zugeschnitten sind, unterstützt. Die verschiedenen Initiativen und Instrumente ergänzen sich gegenseitig: vom Aufbau förderlicher Rahmenbedingungen und fachlichen Austausch (CCFLA), über die frühe Projektvorbereitung (Gap Fund) und die Entwicklung von neuen Finanzprodukten für Städte (NUCA) bis hin zur Entwicklung bankfähiger Infrastrukturprojekte (CFF, CDIA).

In Medellín, Kolumbien, beispielsweise unterstützt die CFF die Umsetzung von Maßnahmen zur grünen Infrastruktur, um 70.000 m² Grünflächen zu rehabilitieren und Hochwasserschutz entlang des Medellín-Flusses zu installieren. Dadurch entstehen Grünflächen in einem derzeit unterversorgten Gebiet mit niedrigem Einkommen und einem hohen Anteil an von Frauen geführten Haushalten, wodurch knapp 50.000 Menschen hinsichtlich Hitze mindern und knapp 30.000 Menschen von verbesserter Gesundheit profitieren. Des Weiteren unterstützt die CFF Kapstadt, Südafrika, darin, die Installation und den Betrieb einer Solarstromanlage auf einem ehemaligen Industriegelände auszuschreiben. Sie soll zum Plan Kapstadts beitragen, mit neuen klimaneutralen Energieparks die regelmäßigen Stromausfälle zu vermeiden und lokale Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Der Gap Fund hat seit 2020 technische Unterstützungsmaßnahmen für mehr als 200 Städte in über 55 Ländern eingeleitet. Schwerpunkte dieser frühen Projektvorbereitung liegen unter anderem bei der Planung naturbasierter Infrastruktur für die Anpassung an den Klimawandel sowie auf der Reduzierung von Treibhausgasemissionen im Abfallsektor. In Mbombela (Südafrika), beispielsweise, hat der Gap Fund die Entwicklung des Mbombela Transformative River and Stormwater Management Programme (MTRSMP) unterstützt. Durch das Projekt werden die Menschen besser vor Naturkatastrophen und anderen Bedrohungen geschützt und erhalten mit den rehabilitierten Flussökosystemen Erholungsräume, die zusätzlich die lokale Biodiversität unterstützen. Zudem führen verbesserte öffentliche Gesundheit, Wasserqualität und Abfallbewirtschaftung zu einer höheren Lebensqualität und neuen Arbeitsplätzen.

4.2 Schlüsselsektoren Wohnen und Bauen, Mobilität, Wasser und Abwasser sowie Abfallmanagement

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert integrierte Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung in den Schlüsselsektoren Wohnen und Bauen, Mobilität, Wasser und Abwasser sowie Abfallmanagement. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Minderung von Armut. Aktuell leben circa 1 Milliarde Menschen in informellen Siedlungen. Bis 2050 könnte diese Zahl um weitere 2 Milliarden steigen. Es ist eine der großen globalen Herausforderungen, allen Menschen Zugang zu angemessenem Wohnraum und einer Grundversorgung bereitzustellen (SDG 11.1), denn das Recht auf menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht für alle.

4.2.1 Wohnen und Bauen

Insbesondere Städte stehen vor der Herausforderung, Lösungen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dabei die Belastung für das Klima möglichst gering zu halten. Im Sektor Wohnen und Bauen werden deshalb Maßnahmen zum Bau, Betrieb und zur Nutzung von Gebäuden vorangetrieben, die das Ziel haben, das Klima- und Umweltschutzpotenzial des Bausektors zu heben. Der Bausektor ist aktuell für circa 37 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich (davon circa 27 Prozent für Gebäudebetrieb – Heizung, Kühlung, Beleuchtung etc. – und circa 10 Prozent für die Baustoffherstellung wie Zement, Stahl und Glas)²⁴. Aufgrund der hohen CO₂-Emissionen der verwendeten Materialien und Methoden bietet sich hier ein besonders hohes

²⁴ <https://www.iea.org/>

Einsparpotenzial. Dabei wird auf nachhaltige und lokale Baumaterialien gesetzt und lokale Wertschöpfungskreisläufe gefördert. Gleichzeitig bietet die Anwendung innovativer Materialien und Techniken auch wirtschaftliche Chancen für das Hochtechnologieland Deutschland. So kooperiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit deutschen Bauunternehmen und wissenschaftlichen Instituten für die Weiterentwicklung und Verbreitung nachhaltiger Baustoffe und -verfahren.²⁵ Neue Gebäude und Infrastruktur werden so geplant und gebaut, dass sie besonders die Bedarfe von in Armut lebenden Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, Zugang für Menschen mit Behinderungen ermöglichen sowie Schutz vor Naturkatastrophen und Klimaveränderungen bieten.

Projektname:	Partnership for Energy Efficiency in Buildings (PEEB)
Projektstandort:	Global
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Energieeffizienz

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der Multi-Geber-Partnerschaft „Partnership for Energy Efficiency in Buildings“ (PEEB). PEEB fördert die Umsetzung von großvolumigen Bau- und Renovierungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die den Energieverbrauch stark reduzieren. Dabei werden sowohl öffentliche Projekte wie Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen unterstützt als auch privatwirtschaftliche Vorhaben. Hierfür werden durch die französische Entwicklungsbank Agence Française de Développement (AFD) Förderkredite und Zuschüsse für öffentliche und private Gebäude vergeben. Über die Arbeit der GIZ unterstützt PEEB Partnerländer, um die Rahmenbedingungen für energieeffiziente Gebäude schnell und effektiv zu verbessern. Dazu gehören ambitionierte Strategien, gesetzliche Energieeffizienzvorgaben und nationale Fördermechanismen sowie die Unterstützung von privatwirtschaftlichen Initiativen, um private Investitionen zu hebeln. Über 800 Architektinnen und Architekten, Energiemanagerinnen und -manager, sowie Bankangestellte haben in Trainings Wissen zu technischen Energieeffizienzmaßnahmen und deren Finanzierung erworben. Im Jahr 2024 wurde der erfolgreiche Ansatz durch Kofinanzierung des Green Climate Funds (GCF) erheblich erweitert und auf elf Länder ausgedehnt.

Projektname:	Indo-German Energy Programme – Climate Smart Buildings (IGEN-CSB)
Projektstandort:	Indien
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Erneuerbare Energien

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das Projekt „Indo-German Energy Programme – Climate Smart Buildings“ (IGEN-CSB). Gemeinsam mit der indischen Regierung werden besonders bezahlbare Wohnungen klimafreundlich umgebaut. Denn auch im Jahr 2020 lebte noch fast die Hälfte der indischen Bevölkerung in Slums und informellen Siedlungen. Diese sind von einer hohen Armuts- und Arbeitslosenquote, unzureichenden sanitären Einrichtungen sowie sozialen Konflikten gekennzeichnet. Die Wohnungen werden zudem so umgebaut, dass sie besser an den Klimawandel mit häufigeren und intensiveren Wetterereignissen angepasst sind. Arme Menschen profitieren so davon, dass ihre Wohnungen auch bei zunehmenden Temperaturen angemessen kühl, bei stärkeren Regenfällen stabil und somit bewohnbar bleiben. Zusätzlich werden die Gebäude energieeffizient gestaltet und rund 1.400 Handwerkerinnen und Handwerker, Bauunternehmerinnen- und Unternehmer sowie Regierungsbeamtinnen und -beamte erhalten eine umfassende Beratung und Weiterbildung zu klimafreundlichen Bauweisen, internationalen und nationalen Standards sowie zu innovativen Baumaterialien- und Technologien.

4.2.2 Mobilität

Die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen haben sich seit 1970 global mehr als verdoppelt und sind heute der zweitgrößte Verursacher des Klimawandels. Dieser Trend ist ungebrochen: Nach Angaben des IPCC könnten die Emissionen des Verkehrssektors ohne Minderungsmaßnahmen bis 2050 schneller ansteigen als die jedes anderen Sektors. Die Bekämpfung der verkehrsbedingten Kohlenstoffemissionen ist daher dringende Priorität im Kampf gegen den Klimawandel. Im Zeitraum 2010 bis 2021 sind die Emissionen des Verkehrssektors in Asien um 36 Prozent und in Afrika um 34 Prozent gewachsen. Daher suchen unsere Partnerländer die Unterstützung Deutschlands beim Auf- und Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) sowie begleitender Mobilitätsangebote.

²⁵ giz2021-en-Climate and employment impacts of sustainable building materials_fullversion.pdf (sharepoint.com)

Im Sektor Mobilität fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit eine Stadt- und Verkehrsplanung, die ärmeren Bevölkerungsschichten bezahlbare und sichere Mobilität ermöglicht und an der Gesundheit von Menschen und Umwelt orientiert ist. Dabei wird die barrierefreie Stadt der kurzen Wege mit umweltfreundlichen, bezahlbaren und inklusiven Mobilitätsangeboten unterstützt. Diese schaffen Zugang zu Beschäftigung und grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung, die es Menschen ermöglichen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und der Armut zu entkommen, denn einkommensschwache Gruppen in Entwicklungs- und Schwellenländern müssen oft 25 bis 40 Prozent ihres Einkommens für Fortbewegung in der Stadt aufwenden.

Das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Verkehrsbereich steht im Kontext der europäischen Global-Gateway-Initiative. Ziel ist es, den globalen Handel zu erleichtern, die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, europäische Werte und Standards zu fördern und den Klimaschutz zu stärken.

Bei der Unterstützung städtischer Verkehrswegeplanung nimmt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Infrastruktur von der Haustür in ärmeren Randbezirken bis zu Arbeitsstätten, Schulen, Ärzten und Geschäften, in den Blick. Der ÖPNV wird durch den Auf- und Ausbau von Bahn- und Busnetzen gestärkt, die inklusive Planung von Haltestellen und Bahnhöfen vorangetrieben und der Zugang zu diesen Verkehrsangeboten durch bauliche Maßnahmen ergänzt. Bei der Planung legt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit besonderen Wert auf die Verbesserung der Mobilität der Menschen in ärmeren Randbezirken großer Städte.

Durch Zugang zu kostengünstiger Mobilität wird die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen nicht nur am wirtschaftlichen, sondern auch am gesellschaftlichen Leben (zum Beispiel durch Schulbesuch) ermöglicht. Ein Großteil der Menschen im Globalen Süden laufen und fahren mit dem Rad, weil sichere und verlässliche ÖPNV-Angebote fehlen oder verhältnismäßig teuer sind.

Beim Zugang zu Mobilität gibt es große Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Mehr als 70 Prozent ihrer Wege legen Frauen in afrikanischen Ländern zu Fuß zurück, Männer 30 Prozent. Daher profitieren gerade Mädchen und junge Frauen aus ärmeren Schichten von sicherer öffentlicher Infrastruktur. Im Rahmen der WomenMobilizeWomen (WMW)-Initiative des BMZ werden Frauen, die in verschiedenen Bereichen des Verkehrssektors arbeiten, einschließlich Frauen mit Behinderungen und solchen in informellen Beschäftigungsverhältnissen, durch Repräsentanz, Sichtbarmachung und Inklusion gezielt gefördert. Dadurch trägt die Entwicklungszusammenarbeit zur Sicherheit und Berufstätigkeit von Frauen bei.

Projektname:	Nachhaltige Städtische Mobilität – Luftqualität, Klimaschutz und Zugang
Projektstandort:	Indien
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Mobilität

In Indien fördert die technische Zusammenarbeit gezielt die Ausbildung von weiblichen Arbeitskräften in traditionell männerdominierten Berufen, wie Bus-, Rikscha- oder Taxifahrerinnen mit dem Projekt „Nachhaltige Städtische Mobilität – Luftqualität, Klimaschutz und Zugang“. Die Ausbildung von Busfahrerinnen erhöht nicht nur den Anteil weiblicher Angestellter, sondern verbessert auch das Sicherheitsgefühl für weibliche Passagiere.

Frauen sind im Verkehrssektor in Indien besonders strukturell benachteiligt, sowohl hinsichtlich Sicherheit als auch Berufstätigkeit. Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besteht ein erhöhtes Risiko sexueller Gewalt. Deshalb umfassen Maßnahmen beispielsweise ÖPNV-Angebote nur für Frauen, wie spezielle U-Bahn-Waggons oder Autorikschas, sowie die Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter im ÖPNV. Frauen, die sicher den ÖPNV nutzen oder Fahrradfahren können, können beispielsweise zu Märkten gelangen und als selbständige Unternehmerinnen arbeiten. Mit dem Projekt stärkt Deutschland außerdem seine Partnerschaft mit Indien, einem strategischen Partner für die globale Sicherheit, den Schutz weltweiter Klima- und Biodiversität sowie nicht zuletzt für deutsche Wirtschaftsinteressen. Von guten Transportwegen können auch deutsche und europäische Firmen profitieren, die zunehmend in Indien aktiv sind (rund 2.000 deutsche Unternehmen, 700 davon produzieren vor Ort).

Die Entwicklungszusammenarbeit eröffnet also Chancen für deutsche und europäische Unternehmen. Auch wenn durch technische Zusammenarbeit Partner dabei unterstützt und weitergebildet werden, nachhaltige Verkehrssysteme zu planen und auszubauen, können sich daraus Opportunitäten für deutsche und europäische Firmen ergeben, zum Beispiel bei der Ausschreibung spezialisierter Infrastrukturlösungen oder Beratungsleistungen sowie durch bessere Standortbedingungen, wenn ein Unternehmen eine neue Niederlassung oder Produktionsstätte erwägt.

Projektname:	Transformative Urban Mobility Initiative (TUMI)
Projektstandort:	global
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	nachhaltige Stadtentwicklung

Unterstützt durch die technische Zusammenarbeit setzt das BMZ, gemeinsam mit zehn Partnerinstitutionen, die Transformative Urban Mobility Initiative (TUMI) um. Dies geschieht überwiegend in Form von Darlehen der KfW, welche von den Partnerländern zurückgezahlt werden, in geringerem Umfang auch durch Zuschüsse. Beispiele sind die anteilige Finanzierung städtischer ÖPNV-Systeme wie Schnellbusse in Peru oder Buszubringer in Dakar, Senegal, für welche Kredite vergeben wurden. Weltweit profitieren mehr als 28 Millionen Menschen täglich von den im Rahmen der TUMI verbesserten Verkehrssystemen. Insbesondere ärmere Menschen erhalten so kostengünstigeren, schnelleren und sichereren Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Erwerbstätigkeiten. Darüber hinaus werden dadurch geschätzte 1,88 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr eingespart.

4.2.3 Wasser- und Sanitärversorgung sowie Abwasserentsorgung

Im Fokus der Unterstützung durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steht der Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Um die Anpassungsfähigkeit der Städte an den Klimawandel zu stärken, werden aber auch Maßnahmen zur Prävention und zum Management wasserbedingter Risiken wie Überschwemmungen oder Dürren gefördert. Technische Lösungen wie Regenwassersammelsysteme oder urbane Wasserlandschaften und Rückhalteflächen werden implementiert, um Risiken zu minimieren und zusätzlichen Nutzen wie Kühlung oder Erholung in städtischen Gebieten zu schaffen. Wassereinzugsgebiete im Umfeld der Städte, Landwirtschaft und Industrie werden einbezogen, um die urbane Wassersicherheit zu erhalten. Insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen und Frauen, die zum großen Teil für die Wasserversorgung der Haushalte verantwortlich sind, profitieren von einem verbesserten Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Sanitärversorgung. Beides ist essenziell, denn verschmutztes Wasser führt zu Krankheiten wie Cholera und Durchfall, die oft tödlich enden. Zudem belasten Krankheiten Familien oft finanziell, da sie zu medizinischen Kosten und Arbeitsausfällen führen. Auf dem Weg zum Wasserholen sind Frauen und Mädchen auch häufig Gewalt und Belästigungen ausgesetzt.

Projektname:	Grüne städtische Infrastruktur Beirat
Projektstandort:	Mosambik
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Wasser- und Sanitärversorgung

Über die finanzielle Zusammenarbeit fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung in der Stadt Beira, Mosambik. Damit der Fluss Rio Chiveve wieder als natürliches Entwässerungssystem wirken kann, werden gebaute Infrastruktur und naturbasierte Lösungen kombiniert. So wird der Fluss einerseits von Abfällen befreit und verwahrloste Grünflächen entlang des rehabilitierten Flusses aufgewertet, um mehr Schutz vor Springfluten und dem steigenden Meeresspiegel zu erreichen. Außerdem schützen neu gebaute Rückstaubecken und Entwässerungssysteme vor Überschwemmungen. Durch die Schaffung einer öffentlichen, wirtschaftlich genutzten Parkanlage sind zudem lokale Arbeitsplätze entstanden. Mit den Maßnahmen werden die Klimaresilienz der Stadt und die Lebensqualität ihrer Bevölkerung (circa 660.000 Einwohner) erhöht. Besonders profitiert hiervon die arme Bevölkerung der angrenzenden informellen Siedlung Goto (circa 13.000 Einwohner), denn sie ist im Falle von starkem Regen und Hochwasser besonders gefährdet.

Projektname:	Abwasserentsorgung, Abwasserwiederverwertung und Wasserversorgung (WTR)
Projektstandort:	Jordanien
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Wasser- und Sanitärversorgung

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert in Partnerschaft mit dem jordanischen Ministerium für Wasser und Bewässerung das Projekt „Abwasserentsorgung, Abwasserwiederverwertung und Wasserversorgung (WTR)“ in Jordanien. Ziel des Projekts ist es, die Leistungsfähigkeit im Bereich Wasser und Abwasser zu verbessern, um eine optimierte Nutzung der Wasserressourcen in Jordanien zu ermöglichen. Mithilfe eines digitalisierten Qualitätsmanagementsystems sowie eines Kennzahlensystems zur Leistungssteigerung von Kläranlagen wird die Abwasserentsorgung optimiert. Landwirtschaft und Industrie profitieren davon, dass gesteigerte Kapazitäten und verbessertes Management der Kläranlagen die Verfügbarkeit von gereinigtem Abwasser erhöhen. Zudem sollen

im Rahmen des Projekts Maßnahmen umgesetzt werden, die den Stromverbrauch um insgesamt 15 Prozent senken und somit auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Im Bereich Wasserversorgung unterstützt das Projekt Wasserinstitutionen bei der Reduzierung der Wasserverluste in den Betriebsgebieten Al-Karak, Ain Al Basha und Salt. Eine Verbesserung der Wasser- und Abwasserbewirtschaftung im Azraq-Flüchtlingslager wird durch eine EU-Kombifinanzierung ermöglicht. Dadurch kann die Abwasserqualität zur Wiederverwendung im Flüchtlingslager und in umliegenden Gemeinden gesteigert werden, sowie der fossile Energieverbrauch gesenkt werden.

4.2.4 Abfall- und Kreislaufwirtschaft

Weltweit steigen die Abfallmengen rasant an, doch rund 2 Milliarden Menschen haben noch keinen Zugang zu einer geregelten Müllabfuhr. Das hat gravierende negative Folgen. Ohne eine funktionierende Müllentsorgung gelangen Abfälle in die Umwelt, was zu erheblichen Gesundheitsrisiken führt, einschließlich der Verbreitung von Krankheiten durch kontaminierte Wasserquellen und unsachgemäße Abfalllagerung. Dies belastet insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten, die oft in unmittelbarer Nähe von Müllhalden leben. Zudem beeinträchtigt die Umweltverschmutzung durch Plastik und andere Abfälle die weltweiten Ökosysteme, was langfristig die Lebensgrundlagen und Nahrungsmittelversorgung aller Menschen gefährdet. Laut den Vereinten Nationen zählen deshalb die wachsenden Müllberge zu den vier größten Herausforderungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund setzt sich das BMZ für klima- und ressourcenschonende Abfall- und Kreislaufwirtschaft ein. Die Kreislaufwirtschaft zielt darauf ab, Abfälle zu vermeiden und den Wert von Produkten, Materialien und Ressourcen so lange wie möglich zu erhalten. Regionale und nationale Institutionen werden gefördert, um die nötigen Planungsprozesse, rechtlichen Rahmenbedingungen, Umwelt- und Sicherheitsstandards, Sammel- und Entsorgungsinfrastruktur sowie Gebühren- und Finanzierungssysteme zu schaffen. Private Unternehmen und informelle Abfallsammlerinnen- und Sammler werden einbezogen und die Öffentlichkeit sensibilisiert.

Aus der Stärkung von Mehrweg- und Recyclingwirtschaft in unseren Partnerländern ergeben sich potenziell auch Geschäftsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft. Gleichzeitig profitiert Deutschland auch vom Schutz von Umwelt und Ökosystemen durch die Vermeidung von Müll.

Projektname:	Umweltgerechte Entsorgung und Recycling von Elektroschrott
Projektstandort:	Ghana
Aktionsfeld/Schwerpunkt:	Abfall- und Kreislaufwirtschaft

Über die technische Zusammenarbeit fördert das BMZ das Projekt „Umweltgerechte Entsorgung und Recycling von Elektroschrott“ in Ghana. Dabei wird das Ziel der ghanaischen Regierung unterstützt, ein umweltgerechtes und sozialverträgliches Managementsystem für Elektroaltgeräte zu etablieren. Das Projekt berät das Umweltministerium und die Umweltschutzbehörde beim Aufbau und der Finanzierung eines funktionierenden Elektroschrottmanagements. Recyclingunternehmen werden bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer und finanziell tragfähiger Produkte und Dienstleistungen unterstützt. Zudem werden Partnerschaften zwischen formellen und informellen Unternehmen gefördert. Zuletzt sollen nicht-registrierte Schrottplätze in umweltgerechte Recyclingparks umgewandelt und der informelle Sektor in das nationale Elektroschrottmanagementsystem integriert werden. Dieser Prozess soll inklusiv gestaltet werden, und eine partizipative Landnutzungsplanung wurde gemeinschaftlich unter Einbindung der auf dem Schrottplatz beschäftigten Frauen initiiert. Dadurch sollen auch die Jobs von informellen Abfallsammlerinnen und -Sammlern gesichert und ihr Gesundheitsrisiko reduziert werden. Mit Trainings für junge Frauen und Männer setzt sich das Projekt dafür ein, Wissen zu vergemeinschaften und besser weiterzutragen. Durch Trainingsmaßnahmen zu nachhaltigeren Recyclingbedingungen auf dem Schrottplatz Agboghloshie konnten zwischen 2019 und 2021 über 100 Tonnen Elektroschrott umweltgerecht und sozial verträglich verwertet und durch weitere Maßnahmen mehrere Tausend Tonnen Rohstoffe recycelt werden. Zudem wurde mit dem Projekt in Kumasi die erste Vereinigung von 200 ausschließlich weiblichen Schrottarbeiterinnen gegründet („Ladies in E-Waste and Scrap Association“ (LESA)), die zukünftig auch die Interessen und Bedarfe von Frauen vertreten und in Entscheidungsprozesse einbinden soll.

4.2.5 Digitalisierung

Die Digitalisierung kann als Treiber nachhaltiger Stadtentwicklung genutzt werden und wird in diesem Sinne von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Digitale Lösungen können komplexe Planungs- und Managementprozesse (intersektoral und -kommunal) vereinfachen, sowie zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern (e-Governance) beitragen.

Projektname:	Just Transition in vulnerable places
Projektstandort:	Namibia, Ukraine

Das BMZ fördert seit November 2022 ein vom United Nations Innovation Technology Accelerator for Cities (UNITAC) umgesetztes Projekt zu „Just Transition in vulnerable places“ in zwei Ländern. In Namibia liegt der Fokus auf klimaresilienten Nachbarschaften und in der Ukraine auf inklusivem und resilientem städtischem Wiederaufbau. Mit dem Projekt werden IT-Lösungen entwickelt und erprobt, durch die der stadtweite Zugang zu Wohnraum und zu öffentlichen Räumen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Erbringung grundlegender städtischer Dienstleistungen verbessert werden. Das Projekt arbeitet eng mit lokalen Behörden, relevanten Interessenvertreterinnen und -vertretern und den jeweiligen Stadtgemeinschaften sowie mit städtischen Multiplikatoren und der Wissenschaft zusammen. Beispielsweise werden datengestützte Anwendungen zur Verbesserung von Planungsprozessen und zur Beteiligung der Bevölkerung an diesen genutzt.

Projektname:	International Smart Cities Netzwerk (ISCN)
Projektstandort:	Brasilien, Mexiko, Peru, Indien, Deutschland

Daneben werden durch das Internationale Smart Cities Netzwerk (ISCN) des BMWSB der internationale Dialog sowie die Zusammenarbeit innerhalb der EU mit dem Projekt #vernetzteinEuropa unterstützt. Das ISCN fördert die Integration digitaler Lösungen in bürgerzentrierten Stadtentwicklungsprozessen und erleichtert den Austausch von Erfahrungen zwischen Akteuren der Stadtentwicklung weltweit. Derzeit besteht das ISCN aus den Kernmitgliedsländern Brasilien, Mexiko, Peru, Indien und Deutschland. Diese sind jeweils auf nationaler und kommunaler Ebene in die Netzwerkaktivitäten eingebunden. Um den Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen Städten zu fördern, werden laufende Smart-City-Projekte und -Ansätze vorgestellt, über Webinare (Online Advisory Programmes) Themen bedarfsbezogen vertieft sowie hochrangige Veranstaltungen organisiert. Die Aktivitäten des ISCN unterstützen die digitale Transformation von Städten im Sinne einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung.

5 Ausblick

Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit der kommenden Jahre ist die sozial gerechte Transformation (Just Transition) in Städten. Ziel ist es, unsere Partnerländer dabei zu unterstützen, die Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft zur Klimaneutralität so zu gestalten, dass soziale Ungleichheit abgebaut und Armut gemindert wird. Gute und menschenwürdige Beschäftigungsstrukturen im städtischen Raum sowie soziale Sicherungssysteme und Klimaanpassungsmechanismen sind relevante stadtpolitische Handlungsfelder, um die Lebensqualität für alle Stadtbewohnerinnen- und Bewohner zu steigern. Damit fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Integration der Städte in eine zukunftsfähige Weltwirtschaft. Um dabei größtmögliche Effizienz zu erzielen und die Wirksamkeit weiter zu steigern, werden bi- und multilaterale Instrumente noch besser aufeinander abgestimmt.

In Anbetracht der zunehmenden Urbanisierung (globaler Urbanisierungsgrad wird 2050 bei circa 70 Prozent liegen) insbesondere in Subsahara Afrika wird das Engagement für nachhaltige Stadtentwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiterhin sehr relevant bleiben. Mit integrierten Ansätzen zur nachhaltigen Stadtentwicklung, mit besonderem Fokus auf die Vielzahl der Städte und Stadtteile, die in den kommenden Jahrzehnten entstehen werden, sollen ganzheitliche und nachhaltige Lösungen für lebenswerte, inklusive und resiliente Orte geschaffen werden, die allen Menschen eine sichere und wirtschaftlich robuste Zukunftsperspektive bieten.

Ein wichtiges Thema für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist die weitere Unterstützung des Wiederaufbaus ukrainischer Städte und Gemeinden. Die Stärkung kommunaler Handlungsfähigkeit und Vernetzung sowie die Erarbeitung skalierbarer Best Practices, die einen schnellen und gleichzeitig nachhaltigen Wiederaufbau im Einklang mit der Agenda 2030 und EU-Standards ermöglichen, sind wesentliche Ziele des deutschen Engagements. Dazu arbeitet die Bundesregierung schon jetzt eng mit der Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft sowie internationalen Partnern zusammen und wird das weiter intensivieren. Die Leistungsfähigkeit der lokalen Ebene ist entscheidend für die Lebensqualität und Lebensperspektiven der Menschen. Sie trägt einen großen Teil der Lasten, beispielsweise hinsichtlich des Umgangs mit zerstörter Infrastruktur und Wohnraum, der Aufnahme von Binnen- und Außenflüchtlingen, der Versorgung der Bevölkerung mit Basisinfrastruktur und -dienstleistungen und der Aufrechterhaltung der lokalen Wirtschaft. Die Versorgungsinfrastruktur und der Wohnungssektor sind lebenswichtig für die Bevölkerung und das Funktionieren der Wirtschaft. Sie bilden das Rückgrat einer nachhaltigen Zukunft im Sinne von Build Back Better. Im Rahmen der FZ unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ausgewählte

ukrainische Kommunen bei Investitionsvorhaben im Wassersektor sowie im Bereich Energieeffizienz. In der TZ werden Vorreiter der integrierten Stadtentwicklung gefördert, mit dem Ziel replizierbare Lösungsansätze zu erarbeiten. Konkret unterstützt Deutschland beispielsweise gemeinsam mit der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) einen bürgernahen und nachhaltigen Wiederaufbau der Städte Charkiw und Mykolajiw. Auf europäischer Ebene wird das EU-Programm URBACT für Bewerbungen von Städten aus der Ukraine sowie der Republik Moldau geöffnet. URBACT ist ein europäisches Förderprogramm, das durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie die 27 EU-Mitgliedsstaaten, Norwegen und die Schweiz finanziert wird. Es fördert die europaweite Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden zu Themen der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung.

In multilateralen Foren verleiht Deutschland dem Bedarf eines kommunal mitverantworteten und integriert geplanten Wiederaufbaus Nachdruck, etwa im Rahmen der im Juni 2024 in Deutschland ausgerichteten Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine (URC). Einer der vier thematischen Schwerpunkte der URC war erstmalig der lokalen Ebene unter dem Titel „Lokale und regionale Dimension – Wiederaufbau der Kommunen und Regionen“ gewidmet. In verschiedenen Foren wurde die zentrale Rolle der lokalen und regionalen Ebene beim Wiederaufbau, beim Ausbau von Kapazitäten sowie bei der EU-Annäherung der Ukraine betont. Dazu gehört auch, lebenswerte, widerstandsfähige Gemeinschaften durch nachhaltige Städte und Gemeinden, Wohnungsbau und lokale Wirtschaftstätigkeit zu ermöglichen.

Infrastruktur ist entscheidend für nachhaltige Entwicklung. Daher bedarf es erheblicher öffentlicher und privater finanzieller Mittel. Die Investitionen der EU Global Gateway Initiative sind ein Beitrag der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur G7-Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII). Deren Ziel ist es, bis 2027 bis zu 600 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Geldern zu mobilisieren, um die beträchtliche Investitionslücke in der Infrastruktur in Partnerländern zu verringern. PGII hat das Potenzial, Infrastrukturinvestitionen in Städten als Infrastruktur-Knotenpunkte zu fördern, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit bestehenden städtischen Initiativen der Bundesregierung (z. B. C40 Cities Finance Facility, City Climate Finance Gap Fund). Durch klimaresiliente und inklusive städtische Infrastruktur kann unter anderem den enormen städtischen Treibhausgasemissionen entgegengewirkt werden. Inklusivität von Infrastruktur entscheidet über Teilhabe oder Ausgrenzung. Neue Schnellstraßen sollten Überquerung für Menschen mit Behinderungen ermöglichen und auch ärmere Stadtviertel anbinden. Im Gegensatz dazu würde exklusiver Raum für den motorisierten Verkehr Einkommensquellen für ärmere Menschen, z. B. Straßenstände, vernichten. Bahnstrecken sollten für den Fracht- und Personentransport genutzt werden und um Reisen zwischen den wachsenden Städten einfach, günstig und sicher zu machen und dabei auch den Zugang für Menschen mit Behinderungen ermöglichen.

Da etwa zwei Drittel aller Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, deren Unterziele und auch die Ziele des Klimaabkommens von Paris nur in oder mit Städten erreicht werden können, setzt sich das BMZ für den Ansatz der Lokalisierung dieser Agenden ein. Wichtigstes internationales Austauschforum dafür sind die World Urban Fora (WUF), die weltweit bedeutendsten Fachkonferenzen zu Urbanisierung und nachhaltiger Stadtentwicklung, die alle zwei Jahre stattfinden. Sie bringen Städte, Nationalregierungen und internationale Organisationen zusammen, um gemeinsam Lösungen zu finden. Die deutsche Bundesregierung wird auch beim WUF im November 2024 in Kairo gemeinsam mit einer Vielzahl deutscher Städte und Kommunen deutsche Ansätze präsentieren, Allianzen, Partnerschaften und Netzwerke knüpfen bzw. bestehende Ansätze verstärken und sich für nachhaltige und lebenswerte Städte auf der ganzen Welt einsetzen.

Neben den WUF sind die jährlichen Klimakonferenzen der Vereinten Nationen (COPs) zentral für die Stärkung der Städte beim Kampf gegen den Klimawandel. In den letzten Jahren sind Städte bei den COPs mehr und mehr in den Fokus gerückt. So wird seit 2022 jährlich ein Ministerinnen- und Minister-Treffen zu Urbanisierung und Klimawandel ausgerichtet. Während der COP28 wurde Ende 2023 die Coalition for High Ambition Multilevel Partnership (CHAMP) ins Leben gerufen. Ihr sind Deutschland und bisher schon über 70 weitere Staaten beigetreten. Mit einem Beitritt zu CHAMP bekennen sich die Staaten dazu, Städte und Kommunen stärker in die Klimabemühungen einzubinden und dies in ihren Nationalen Beiträgen (National Determined Contributions – NDCs) zu verankern. Deutschland beteiligt sich derzeit daran, die CHAMP Initiative zu operationalisieren. Darüber hinaus wurde der Buildings Breakthrough von Marokko und Frankreich lanciert und im Jahr 2022 im Rahmen der COP 22 vorgestellt. Die Initiative wird von insgesamt 29 Staaten, der Europäischen Kommission und 26 internationalen Initiativen getragen und hat das Ziel, dass „bis 2030 nahezu emissionsfreie und resiliente Gebäude die neue Normalität sind“. Die deutsche Bundesregierung ist durch das BMWK sowie das BMWSB vertreten. Bei der COP29 wird 2024 ein stärkerer Fokus auf die Anpassung an die sich verändernden Umwelt- und Klimabedingungen gelegt, in denen Städte, aufgrund ihrer Verwundbarkeit durch ihre oftmals exponierte Lage sowie Agglomeration von Menschen und Infrastruktur, eine Schlüsselrolle einnehmen. Die Weltbank schätzt, dass

bis 2050 rund 140 Millionen Menschen weltweit zu Klimaflüchtlingen werden könnten. Neue Bleibeperspektiven werden die meisten Geflüchteten in Städten in ihrer Umgebung oder entlang bekannter Fluchtrouten suchen. Kleinere und mittlere Städte entlang dieser Routen müssen frühzeitig dabei unterstützt werden, bei der Stadterweiterung die Ansiedlung von Geflüchteten mitzudenken. Dazu gibt es aktuell ein Vorhaben der Cities Alliance (SUIDAC – Sustainable Urban Integration of Displacement Affected Communities in Sub-Sahara-Afrika).

Für die städtische Perspektive verfolgt Deutschland das Ziel, lokale und nationale Strategien aufeinander abzustimmen und subnationale Klimafinanzierung zu mobilisieren. Auch setzt sich Deutschland dafür ein, die subnationale Regierungsebene in den Klimaverhandlungen und in anderen multilateralen Foren zu stärken. Hierfür wird sich die Bundesregierung eng mit internationalen Partnerorganisationen sowie Städtenetzwerken abstimmen. Insbesondere ICLEI ist hierbei ein zentraler Kooperationspartner, etwa als offizieller Vertreter subnationaler Regierungen bei UNFCCC und als mitkoordinierender Netzwerkpartner der U7 bei Treffen der G7-StadtentwicklungsministerInnen.

Um die weltweite Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen entwicklungspolitisch zu unterstützen und voranzubringen, richtet Deutschland im April 2025 den globalen Gipfel für die Rechte von Menschen mit Behinderungen („Global Disability Summit“) gemeinsam mit Jordanien und der International Disability Alliance aus. Ziel des BMZ ist es, das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung in Städten in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stärker zu fördern.

Ein weiteres wichtiges Thema für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung ist der Sonderbericht zum Thema „Klimawandel und Städte“ des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), der 2027 veröffentlicht werden soll. Dieser wird die Bedeutung von Städten zur Bekämpfung des Klimawandels beschreiben. Der Fokus liegt sowohl auf der Relevanz hinsichtlich Ursachen und Verwundbarkeit als auch auf den Opportunitäten für Klimaminderung und Anpassung. Deutschland beteiligt sich über die deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Auftrag des AA und BMBF). Die Ergebnisse und insbesondere die Handlungsempfehlungen sollen in die Arbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Partnerländern aufgenommen werden.

